



MEDIENMITTEILUNG

Verständnis für die Suspendierung der Rüstungsexporte nach Pakistan

Flexible Rüstungsexportkontrolle greift

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) hat Verständnis für den Entscheid des Bundesrates, die Exportbewilligung für Rüstungsgüter nach Pakistan zu suspendieren. Dieser trägt der aktuellen bedauerlichen politischen Entwicklung in Pakistan Rechnung. Gleichzeitig fordert der asuw den Bundesrat auf, die Entwicklung der Lage laufend zu beobachten und die Suspendierung der Bewilligung zu überprüfen, wenn sich die Lage wieder verbessert. Der aktuelle Entscheid des Bundesrats ist Beweis für die umfassende und funktionierende Kriegsmaterialexportgesetzgebung.

Zürich, 14. November 2007. Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung beschlossen, eine im Dezember 2006 erteilte Ausfuhrbewilligung für 21 Fliegerabwehrsysteme mit Munition und eine Option für drei weitere Systeme nach Pakistan zu suspendieren. Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) hat Verständnis für diesen Entscheid, welcher der Sicherheitslage und der bedauerlichen politischen Entwicklung in Pakistan Rechnung trägt, die sich in den letzten Wochen laufend verschlechtert hat.

Für den asuw ist dieser Bundesratsentscheid Beleg dafür, dass die schweizerische Gesetzgebung im Bereich der Kriegsmaterialexporte funktioniert. Sie ermöglicht unseren Behörden, jedes Ausfuhrgesuch individuell, aber nach klaren Kriterien zu beurteilen. Zudem können – wie im vorliegenden Fall – bereits erteilte Ausfuhrbewilligungen suspendiert oder widerrufen werden, falls ausserordentliche Umstände es erfordern. Verschärfungen der Gesetzgebung, wie sie die aktuelle GSoA-Initiative fordert oder wie sie das EDA mit der laufenden Revision der Kriegsmaterialverordnung anstrebt, sind dagegen unnötig und schädlich.

Der asuw erwartet weiter vom Bundesrat, dass er die Situation vor Ort laufend analysiert und neu beurteilt. Sobald sich die Lage in Pakistan wieder entschärft hat, ist die Suspendierung der Ausfuhrbewilligung zu überprüfen. Die einheimischen wehrtechnischen Unternehmen sind auf eine kohärente und verlässliche Exportpolitik angewiesen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Im Gegenzug unterstützen sie die strengen Kontrollen durch KMG und GKG.

Für weitere Informationen:

Arbeitskreis Sicherheit und
Wehrtechnik
Postfach 65
8024 Zürich
Tel: 044 / 266 67 46

Ständerat
Bruno Frick
Co-Präsident
Tel: 055 / 418 30 33

Nationalrat
Jean-François Rime
Co-Präsident
Tel: 026 / 919 82 82

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) steht für eine realistische, auf die heutigen Gefahren und Chancen zugeschnittene Sicherheits- und Rüstungspolitik. 30 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft setzen sich für faire Rahmenbedingungen der Schweizer Wehrindustrie ein. Diese sollen sich am europäischen Umfeld und an den Bedürfnissen der Schweizer Sicherheitspolitik orientieren.

Mehr Informationen unter: www.asuw.ch / www.cstd.ch